

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

Mus den Lannen

Fernsprecher
No 11

Illg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Bezugspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 24 Mark monatlich 8 Mark. Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile über deren Raum 1 Mt., die Reklamzeile 2 00 Mt. Mindestbetrag bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Einzel-Auftrag 6 Mt. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsvorschlag ist der Rabatt inbegriffen.

No 22

Mittwoch, Freitag den 27. Januar

Jahrgang 1922.

Die Regierungserklärung des Reichskanzlers Dr. Wirth.

Eine Erwiderung auf Poincarés Anschuldigungen. — Der Steuerausgleich.

Die Reichstags-Sitzung beginnt kurz nach 6 Uhr. Das Haus ist sehr gut besucht. Die Tribünen sind überfüllt. Am Regierungstisch hat das gesamte Kabinett Platz genommen. Auch der preussische Ministerpräsident Brüning und die Gesandten der Botschaften sind anwesend. In der Diplomatenloge sitzen viele ausländische Vertreter. Als Regierungsmittler ist Minister a. D. Dr. Rathenau anwesend.

Nachdem der Reichstag seine Zustimmung zur Genehmigung weiterer 6 Millionen Mark für die Fortsetzung des Nachrichtenwesens im Inlande gegeben hat, folgt die Entgegennahme der Regierungserklärung.

Reichskanzler Dr. Wirth: Als die Reichsregierung am 26. Oktober mit einer programmatischen Erklärung vor dem Reichstag trat, vertrat ich die Meinung, daß die innere und äußere Politik in ihren Grundlinien auch in der neuen Lage fortgeführt werden müßte, die durch die unglückliche Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien geschaffen worden war. Diese Politik ist im Innern Erhaltung und Wiederaufbau des Reiches, sowie Überwindung der wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Kriegsschäden durch innere Konsolidierung, in der auswärtigen Politik aber Mitarbeit Deutschlands an der Herstellung eines wahren Friedens in der Welt und als Mittel hierzu die Bereitwilligkeit, die Lasten Deutschlands aus dem Friedensvertrag und seinen Annexen bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit zu erfüllen. Gerade diese Kardinalfrage der Reparation hat in den letzten Wochen die hauptsächlichste Arbeit und Sorgfalt der Regierung geübt. Entsprechend ihrem Programm der Leistungen, richtete die Regierung im Dezember, nachdem festgesetzt war, daß die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Darlehnungen aus tausenden Mitteln nicht begahrt werden könnten, an die Bank von England das Ersuchen, Deutschland die Zahlung durch eine langfristige Anleihe von etwa 500 Millionen Goldmark oder durch entsprechende kurzfristige Bankedite zu ermöglichen. Dieses Ersuchen ist abgelehnt worden mit der Begründung, daß unter den Bedingungen, die zur Zeit die Zahlungsverpflichtungen befehligen, ein Kredit in England nicht erhältlich sei. Damit war zum erstenmal aus den Reihen unserer ehemaligen Gegner autoritativ festgestellt worden, daß die Lasten, die Deutschland auferlegt wurden, seine Kreditwürdigkeit vernichteten. Die Folgerung war das Gesuch an die Reparationskommission um Stundung der fälligen Vergütung. Dieses Gesuch ist in Cannes dahin beantwortet worden, daß die Zahlungen unter einer gewissen provisorischen Regelung gestundet würden und daß die endgültige Beschlußfassung über eine Verringerung des Zahlungsplanes für 1922 auf Grund eines von der deutschen Regierung innerhalb 14 Tagen vorzulegenden Reformprogramms erfolgen solle. Dieses Programm wird morgen der Reparationskommission übergeben werden. In Cannes ist es uns zum erstenmal gelungen, in freier Weise die wahre Lage Deutschlands auf einer Konferenz auseinanderzusetzen, auf die die ganze Welt blickte. Deutschland ist auch zu einer weiteren Konferenz eingeladen, auf der insbesondere die Frage der Restituierung von Mittel- und Ostpreußen aus der wirtschaftlichen Isolierung beraten werden solle. Wir werden nach Genau gehen, nicht mit hinterlistigen Absichten, sondern mit offenem Bist, mit dem Ziele der Wiederherstellung der internationalen und wirtschaftlichen Beziehungen.

Der französische Kabinettswechsel ist nicht nur in Deutschland sondern fast in der ganzen Welt als ein Symptom dafür angesehen worden, daß der Wiederherstellung eines dauerhaften politischen und wirtschaftlichen Friedens in Europa noch Rückschlüsse gezogen könnten. Poincaré hat im Senat und in der Kammer erklärt, Deutschland müsse endlich anfangen, seine eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und die Schäden wieder gutzumachen, damit Frankreich die vielen Milliarden zurückzahlen könne. Wenn durch diese Worte der Eindruck erweckt werden soll, daß Deutschland noch gar nicht begonnen habe, seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, so muß ich dem laut widersprechen. Deutschland hat seit Annahme des Londoner Ultimatus Darlehnungen von 1108 Millionen Goldmark und Sachleistungen von 420 Millionen Goldmark abgeführt. Hinzu treten die im Clearingverfahren seit dem Friedensschluß abgeführten 500 Millionen Goldmark. Hinzu kommen auch die vor dem Ultimatum geleisteten Leistungen Deutschlands, die Ablieferung der Handelsflotte und der Lokomotiven und Eisenbahnwagen, der Seelabel usw. Poincaré sagte weiter, Deutschland habe auch nicht leisten wollen. Unsere Nachfertigung und Auf-

klärung hat bereits manches erreicht, die Vorwürfe Poincarés aber machen den Eindruck, als ob wir in Frankreich taubem Ohren gepredigt hätten und man uns dort nicht hören wollte. Wir werden in Genau Gelegenheit finden, den beharrlichen Forderungen entgegenzutreten. Der Vorwurf der Parteilichkeit des Reichsgerichts muß mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Nicht nur Angehörige neutraler Staaten, auch Mitglieder der englischen Delegation haben diese Unparteilichkeit wiederholt ausdrücklich betont (Hört, Hört!). Wie die von Deutschland seinerzeit verlangte Auslieferung von „Kriegsverbrechern“ physisch unmöglich war, so wird auch die Auslieferung im dritten Jahre nach Beendigung des Krieges unmöglich sein (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Ich kann die Befürchtung nicht unterdrücken, daß die französische Regierung diese Frage der sogenannten Kriegsverbrecher und noch andere Fragen, so die angeblich noch nicht durchgeführte Entwaffnungssaktion, dazu benutzen will, um von neuem das System der Garantien und Sanktionen anzuwenden. Wir werden diesem gänzlich negativem und unanschaulichem Programm der französischen Regierung ein positives Programm entgegensetzen. Das Wichtigste in diesem Programm ist der baldige vollständige Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens. Die Regierung hat sich bemüht, einerseits durch neue Steuern die Einkünfte des Reichs zu vermindern und andererseits die Ausgaben zu verringern und die hauptsächlichsten schwersten Defizite des Etats zu beseitigen. Die neuen Steuern sind folgendermaßen zu klassifizieren: Das Gesamtaufkommen wird auf rund 100 Milliarden Mark geschätzt. Das bedeutet fast eine Verdoppelung der im Haushaltsjahr 1921 eingebrachten 55 Milliarden Mark. Um dieses Ziel zu erreichen, war ein Kompromiß notwendig, das heute zustande gekommen ist. (Lachen auf der äußersten Bank, lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Von der Reichsfinanzverwaltung bis zur Deutschen Volkspartei waren alle Parteien daran beteiligt (lebhafter Beifall bei der Mehrheit, Hört, Hört links).

Bei der Vermögens- und bei der Vermögenszuwachssteuer sind die von der Regierung vorgeschlagenen mittleren Tarife vorgesehen. Der Schlag zur Vermögenssteuer soll 200 Proz. betragen. Dazu soll durch Gesetz eine Zwangsanleihe in Höhe des Gegenwerts von 1 Milliarde Goldmark aufgelegt werden, die in den ersten drei Jahren vorzugsweise bleiben soll. Dadurch sollen die Mittel für die Kredite flüssig gemacht werden, die durch das Reichshaushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1922 bereitgestellt und nicht für die Verkehrsanstalten bestimmt sind. Die Nachkriegsgewinnsteuer soll fallen gelassen werden, da ihre Erhebung den Finanzämtern eine nicht im Verhältnis zu dem Aufkommen stehende Arbeit verursachen (Hört! Hört!) und die Erhebung der übrigen Steuern erheblich vorzuziehen wäre. Bei der Umsatzsteuer soll ein Satz von 2 Proz. zur Anwendung kommen. Die viel umstrittene Frage der Umsatzsteuer der Genossenschaften soll aus der Diskussion ausbleiben. Insofern soll es bei der Regierungsvorlesung sein Bewenden haben. (Hört! Hört! links). Die Kohlensteuer soll grundsätzlich 40 Prozent betragen mit der Möglichkeit der Anpassung an die Wirtschaftslage. Die Zinssteuer wird mit Rücksicht auf die starke Verbelastung durch die Umsatz- und die Kohlensteuer und auf die Bedeutung des Zinses für die Säuglingsernährung auf 50 Mark pro Doppelgelder festgesetzt. Die Steuer für Pfeffer, Tee und Kakao wird nach den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrats bemessen werden. Die Regelung der Gemeindeförderung soll der Landesgesetzgebung überlassen bleiben. Die Einheit der gesamten Steuervorlage soll durch ein Mantelgesetz gewahrt werden. In diesem sollen die Vorschriften über die Zwangsanleihe Aufnahme finden.

Zur Aufschluß an dieses große Gesetzgebungswerk (Lachen bei den Kommunisten) soll bei den sonstigen Steuern geprüft werden, ob und inwieweit sie der Geldwertentwicklung anzupassen sind.

Ich beziehe mich auf das Wort des englischen Premierministers vom internationalen Vertrauen, das ein großes politisches Bekenntnis ist, in dem ich darauf hinweise, daß auch das deutsche Volk, die deutsche Demokratie, die Forderung nach Vertrauen erhebt, mit Rücksicht auf das, was sie bisher geleistet hat. Sie selbst will den Frieden. Die Völker wollen den Weg freihaben für neue Wiederaufbauarbeit. Der Weg kann nur führen durch das Tor

eines wahren dauerhaften Friedens. Dieser wird nur erzielt auf dem Wege der Verständigung und der wirtschaftlichen Vernunft. Nur müssen die Männer der Wirtschaft, nachdem die politische Atmosphäre sich geläutert und gereinigt hat, bereit sein, um einen Weg zu finden zu dem einen Ziel, zum wahrhaften Aufbau und damit zum Völkervortschritt zu kommen. Der Wiederaufbau Deutschlands, dem auf der Konferenz von Genau besonderes Interesse zugewandt wird, kann nur im Verein mit Rußland durchgeführt werden. Wir würden die größten Bedenken haben gegen eine Politik, die Rußland als eine Kolonie betrachtet und behandelt wissen wollte.

Der Reichskanzler gedachte Johann der Verdienste des verstorbenen Papstes Benedikt XV., in dem Deutschland und die ganze Welt einen großen Völker- und Menschenfreund, den größten Förderer des Friedens verloren habe. Auch heute gelte der Ruf: Geht der Welt den wahren Frieden! Wir haben den guten Willen gezeigt. Wir werden ihn weisen im Vertrauen darauf, daß uns die gerechte Würdigung in der Welt nicht versagt wird. (Stürmischer, wiederholter Beifall).

Abg. Graf Westarp (D.N.): Im Namen meiner Parteifreunde kann ich nur unserem äußersten Bedauern darüber Ausdruck geben, wie man den für morgen geforderten Reform- und Garantieplan im Reichstag und wie ihn vor allem jetzt der Reichskanzler behandelt hat. Dieser Plan und die Einschränkung unseres Papierumlaufs enthält Verpflichtungen, die von dem parlamentarischen System nicht eingezogen werden können ohne Zustimmung des Reichstags. (Zustimmung rechts). Der Plan ist vielleicht schon abgelehnt. Der Reichstag hat sich damit noch nicht beschäftigt. Eine Prüfung von sachlichen Gesichtspunkten aus ist unter diesen Umständen nicht möglich. Reizungsverschiedenheiten bestehen zwischen Frankreich und England offenbar hinsichtlich der französischen Politik, die nach wie vor darauf eingeleitet ist, Deutschland zu zerkleinern. England dagegen bezieht, daß der Versailler Friedensvertrag und das Londoner Ultimatum für das englische Wirtschaftsleben schweren Schaden gebracht habe und ist bereit, praktische Folgerungen daraus zu ziehen. Die Zwangsanleihe wird keine Steigerung der deutschen Unternehmungslust bewirken und die Kreditnot wird verschärft werden. Wir müssen allerdings nach dem verlorenen Krieg den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete leisten, aber das deutsche Anerbieten sieht weit darüber hinaus. Wir wollen eine Politik der absoluten Ehrlichkeit. (Lebhafter Beifall rechts).

Nächste Sitzung: Morgen Freitag Nachmittag 1 Uhr: Fortsetzung der Aussprache.
Schluß: 8.45 Uhr.

Die Verständigung über die Steuervorlage.

Berlin, 26. Jan. Gestern nachmittag wurden die Verhandlungen der Vertreter der vier bürgerlichen Parteien über die Steuerreform fortgesetzt. Die Parteien brachten, wie bereits berichtet, den Forderungen der Sozialdemokraten entgegenkommend, eine Zwangsanleihe in Höhe von 40 Milliarden Papiermark in Vorschlag. Um 5 Uhr nachmittags nahmen auch die Vertreter der Sozialdemokratie an den Verhandlungen teil, die sich bis in die späten Abendstunden hinzogen. Nachdem schon vorher die Unabhängigen erklärt hatten, die vermittelnde Zwangsanleihe könne für sie als Ersatz für die Erfassung der Sachwerte gar nicht in Frage kommen, war den Sozialdemokraten die Annäherung an den Vorschlag der bürgerlichen Parteien erleichtert. Die Einigung geht nun dahin, daß eine Zwangsanleihe nicht von 40 Milliarden Papiermark, sondern bis zu einer vollen Goldmilliarde ausgeschrieben werden soll. Die Anleihe soll verzinslich sein, damit sie beisehen werden und als mündelstücker gelten kann. Die Höhe des Zinsfußes wurde noch nicht festgesetzt. Die Veranlagung geschieht auf der Grundlage des Reichsnothopfers oder der bevorstehenden neuen Vermögenssteueranschätzung. Kapitalrenten sollen gebührend berücksichtigt werden.

Die Vertreter der Sozialdemokratie machten laut „Berl. Tagebl.“ folgende Zugeständnisse: 1. Bei der Vermögenssteuer bleibt es bei den Beschlüssen des Ausschusses, der gegen die Stimmen der Sozialdemokratie seinerzeit den Prozentsatz von 300 auf 200 Prozent herabgesetzt hatte. 2. Die Nachkriegsgewinnsteuer fällt fort. Regabepflichtig soll darnach der in der Nachkriegszeit entstandene Vermögenszuwachs sein, soweit er 100 000 Mt. übersteigt und soweit das Einkommen über 200 000 Mt. hinausgeht. Die Steuerläne betreffen bis auf 3-30

Prozent. Der Ertrag der Nachkriegsteuer war auf 3 Milliarden Papiermark geschätzt worden. 3. Das zweite Drittel des Reichsnotopfers soll nur bis 40 Prozent, wie die Regierung vorgeschlagen hatte, erhoben werden. 4. Der Veranlagung der Vermögenssteuer wollte die Sozialdemokratie den gemeinen Wert zugrunde legen, während die Regierungsvorlage und mit ihr die bürgerlichen Parteien den Ertragswert als Grundlage vorsehen wollten. Die Sozialdemokratie ist jetzt aber damit einverstanden, daß dieser strittige Punkt offen bleibt und daß die Vollversammlung endgültig darüber zu befinden hat. (Da in der Vollversammlung aber voraussichtlich auch die Deutschnationalen für den Ertragswert stimmen werden, so läßt sich schon jetzt sagen, daß die Forderung nach dem gemeinen Wert von der Sozialdemokratie fallen gelassen ist.) 5. Bei der Erbschaftsteuer soll die Geldentwertung entsprechend berücksichtigt werden.

Nach Schluß der Verhandlungen erstatteten die Vertreter ihren Fraktionen Bericht. Die Sozialdemokratische Fraktion nahm das Uebereinkommen an unter der Bedingung, daß die Zwangsanleihe in den ersten fünf Jahren unverzinslich bleibe. Die endgültige Entscheidung wird von den fünf Fraktionen erst heute Donnerstag in Gegenwart des Reichskanzlers getroffen, doch ist an der Zustimmung der Fraktionen nicht zu zweifeln.

Das Blatt der Deutschen Volkspartei „Die Zeit“ schreibt, die Partei verlange, daß sachliche und persönliche Sicherheiten gegeben werden, daß die durch die Zwangsanleihe aufgedrückten Werte nicht verschleudert und nicht für den ordentlichen Reichshaushalt herangezogen werden. Post und Eisenbahn und die Wirtschaftsberufe des Reichs müssen so sachmännisch verwaltet werden, daß auch wirklich eine Befundung unserer Finanzen eintritt.

Neues vom Tage.

Der Finanzplan ist fertig.

Berlin, 26. Jan. Der von der Wiederherstellungskommission verlangte Plan über die Entschädigungszahlungen und die Sicherheiten ist mit Ausnahme der Punkte, die von der Steuerverständigung abhängig sind, fertiggestellt. Das Reichskabinett hat heute vormittag über die Festsetzung der Antwort beraten.

Die Anstandslebensmittel den Einheimischen.

München, 26. Jan. Zur Regelung des Fremdenverkehrs hat das bayerische Landwirtschaftsministerium den Grundsat aufgestellt, daß die Anstandslebensmittel den Einheimischen gehörend sind und für die Fremden die Anstandslebensmittel zu beschaffen sind. Sollten die Fremdenverkehrsvereine für diesen Zweck nicht eine angemessene Menge ausländischer Lebensmittel freiwillig übernehmen, so wird das Ministerium dies durch Verordnung vorschreiben.

Zur Pflanzschule.

Berlin, 26. Jan. Die „Berl. Sta.“ meldet aus Rom: Die Vorbereitungen des Konklaves werden immer eifriger betrieben. In der kirchlichen Kasse sind alle Mittel verknüpft, damit sie nicht zu Schaden kommen. Auch der Altar ist entfernt worden. Um den Nachfolger des toten Papstes macht die italienische Presse ungeduldig viel Lärm mit dem Endzweck, alle Nicht-Italiener auszuschließen. Vorsichtige Verdächtigungen und warme Empfehlungen für und gegen die einzelnen Kandidaten sehen ein.

Gegen eine Annäherung an Italien.

Junnsbruck, 26. Jan. Die hiesigen Zeitungen wenden sich dagegen, daß die italienische Grenzstation vom Brenner nach Junnsbruck verlegt werden soll und erklären, daß, solange nicht Nordtirol mit Südtirol wieder vereinigt sei, die Tiroler für eine politische Annäherung an Italien nicht die geringste Neigung haben können.

Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Bollinger.

(62)

(Nachdruck verboten.)

16. Kapitel.

Als Inge Holthausen nach Verkauf einiger Minuten wieder auf der Schwelle erschien und ihm ein Zeichen machte, ihr zu folgen, fühlte Rodek eine Beklemmung, wie er sie ähnlich kaum je in seinem Leben empfunden hatte. Er war ja schon an manches Krankenbett und auch an manche Sterbelager von Menschen getreten, die seinem Herzen teuer waren, aber es war das erste Mal, daß er zu einem lebendig Toten ging, zu einem Manne, der nach allem, was er loben gehört hatte, nur noch das äußere Abbild dessen sein konnte, den er einst gekannt und geliebt hatte. Er hatte sich während der letzten Minuten allerlei schreckhafte Vorstellungen gemacht von der Vermutung, die die grauenhafte Krankheit auch im Aussehen des ehemaligen Freundes angerichtet haben mochte. Und es wirkte auf ihn wie eine dankbar empfundene Erleichterung, als der erste Blick in das Krankenzimmer ihn von der Grundlosigkeit wenigstens dieser Befürchtung überzeugte.

Gerhard Holthausen ruhte, von Rissen gestützt, in einem bequemen Bettsessel, den man nahe an das halb geöffnete Fenster gerückt hatte, und er sah wohl aus wie ein körperlich hochgradig Erschöpfter, doch keineswegs wie ein Wahnsinniger. Sein Gesicht war hager und eingefallen, doch so hatte es Rodek ja auch schon bei ihren letzten Begegnungen gefunden, und die schlaffen Züge erschienen ihm im Gegenteil heute viel ruhiger und friedlicher als damals, wo ihnen zeitweilig heftige, tief aufwühlende Leidenschaften ihr Gepräge aufgedrückt hatten. Nichts von dem unheimlichen Glanz, nichts von dem leeren, stieren Blick des Irren war in seinen tief eingesunkenen, dunkel umschatteten Augen. Und als er sich jetzt dem eintretenden Besucher zulehnte, glitt sogar lächlich ein beinahe fröhliches, fast kindlich liebenswürdiges Lächeln über sein Gesicht.

Differenz Ratens für Rußland.

Genf, 26. Jan. Auf der ersten Konferenz des Internationalen Komitees für die Rußlandhilfe schilderte Ransen die furchtbare Hungersnot in Rußland, die unaußersichtlicher weiter um sich greife. 90 Millionen Menschen seien vom Tod bedroht, davon 15 Millionen jedenfalls rettungslos dem Tod verfallen. Ransen erklärte, alle diese Menschen hätten gerettet werden können, wenn sein Aufruf im September gehört worden wäre.

Erweiterung der Koalition?

Berlin, 26. Jan. Wie verlautet, würde im Fall einer Erweiterung der Koalition der frühere heftige Finanzminister Dr. Hecker von der Deutschen Volkspartei als Reichsfinanzminister vorgeschlagen werden, der als Steuerfachmann einen großen Ruf genießt.

Zur Schuldfrage.

Berlin, 26. Jan. Nach einer Warschauer Meldung erklärte der frühere russische Minister des Auswärtigen, Sazonow, gegenüber einem dortigen Blatt, mit Bedauern müsse er feststellen, daß die in Berlin gedruckten Dokumente über die Vorgeschichte des Krieges echt seien. (Poincaré hatte sie dieser Tage abgelehnt.)

Zer sächsische Eisenbahnerstreik.

Dresden, 26. Jan. Die Eisenbahner haben in Dresden die Arbeit wieder aufgenommen. In der Betriebswerkstätte Leipzig-Engelsdorf wird weitergestreikt, in Zwickau hat sich der Ausstand ausgedehnt.

Sozialistische Regierung in Braunschweig.

Braunschweig, 26. Jan. Wie die „Neuesten Nachrichten“ melden, hat das sozialistische Kabinett des Freistaats nach Verkündung des endgültigen Wahlergebnisses beschlossen, da eine Mehrheit von zwei Stimmen für die sozialistischen Parteien auch im neuen Landtag vorhanden sei, keine Veränderung der Kabinettszusammensetzung vorzunehmen.

Nus Stadt und Land.

Kl. 1. 1920, 27. Januar 1920

Ausgabe der Einkommensteuerzettel für 1920.

Es wird uns geschrieben: Daß der Steuerzettel höher ausgefallen ist als früher, ist auf den großen Bedarf des Reichs und auf die Geldentwertung zurückzuführen. Im allgemeinen werden die steuerbaren Einkommen für 1920 auf das 6fache von früher gestiegen sein. Im Steuerbetrag ist der Anteil für das Land und für die Gemeinde mitzuberhalten. Ist nun der Steuerzettel in die Hände der Steuerpflichtigen gelangt, dann beginnt bekanntermaßen ein Verleihen des Steuerbetrags mit der Steuerschuld der nächsten Bekannten, Verwandten u. Nachbarn. Und diese Verleihen ruft meistens Mißgunst und den Vorwurf der Ungerechtigkeit der Einkommenschätzung durch den Steuerauschuß (früher Einkommungskommission) hervor. Der Landwirt ist gewohnt, die steuerliche Leistungsfähigkeit ausschließlich nach der Größe des Areals an Feld und Wald sowie des Viehbestands seiner Mitbürger zu beurteilen. Vom Steuerauschuß wird der nichtbegründete Landwirt zunächst mit dem sog. Normallohn nach der Größe der Fläche seiner Felder geschätzt, wozu von Fall zu Fall Zulächse für Obsttrug, Frühluch, Schafzucht, Waldtrug, Brennerei, Fuhrweilbetrieb, Schindelerstellung, Schindelerhandel, Holzhandel, Sägmühlenteil und andere Nebeneinnahmen gemacht werden. Aus dem so errechneten steuerbaren Einkommen wird die tarifmäßige Steuer angelegt und an dem Steuerbetrag sind die gesetzlichen Abzüge für den Steuerpflichtigen, seine Ehefrau und seine unselbständigen Kinder zu machen. Daher kommt es, daß oft ein sonst wohlhabender Landwirt mit Frau und mehreren unselbständigen Kindern einen kleinen Steuerzettel erhalten kann, während ein lediger Arbeitnehmer oder ein Witwer mit bereits selbständigen Kindern von einem arbeitslosen Steuer-

zettel überlastet wird. Also die Familien-Abzüge fallen oft schwer in die Waagschale und deren Wirkung wird vom Dienvielfach unterschätzt oder als ungerecht empfunden. Hinsichtlich der la. im. Hausöhne und Hausdächer, welche mit ihrer Arbeitskraft den Eltern einen sonst notwendigen Reicht oder eine Rogd ersetzen, wurde es von den Steuerauschnüssen für zweckmäßig erachtet, dieselben trotz Zuschlag und Wertanschlag der freien Station steuerfrei zu behandeln, wodurch aber ein Abzug an der Steuer bei der Veranlagung des Landw. Einkommens des Haushaltungsvorstands natürlich nicht mehr in Betracht kam. Schließlich sei noch bemerkt, daß erhöhte Einkünfte nur dann Erfolg haben können, wenn die Unrichtigkeit der Einkommenschätzung von Steuerpflichtigen zahlenmäßig bewiesen werden kann. Andernfalls ist mit gebührender Abweisung des Einspruchs zu rechnen. Daher wird empfohlen, sich vor Entlegung des Einspruchs entweder beim Ordo richter oder beim Finanzamt mündlich über obwaltende Zweifel und Unklarheiten rechtzeitig zu erkundigen.

P. B. Gemeinderatsitzung vom 25. Januar. Anwesend der Vorsitzende, sowie die Mitglieder des Gemeinderats vollzählig. Das Erg. eines am 25. ds. Mts. stattgehabten Verkaufs von 689 Fhm. Stammholz aus Stadtwald Jagwald und Hafneswald wird bekannt gegeben. Die eingegangenen Hackscheite belaufen sich auf 383 bis 404 Proz. gleich einem Durchschnittserlös von 393 Proz. der Fortkage; Gesamtertrag Mt. 171 113.—, Gesamterlös Mt. 672 430; der Verkauf findet Genehmigung. Zur Erweiterung der Pflanzschule im Stadtwald Seefeld ist die Umrodung einer abgeholzten Waldfläche vorzunehmen, diese Arbeiten werden dem Unternehmer Stämpert übertragen. Nach einer Verfügung vom Ministerium des Innern hat mit Wirkung ab 1. Januar 22 eine Neuregelung der Fleischbeschaugebühren stattgefunden; darnach sind die bisherigen Sätze zu erhöhen auf Mt. 15.— für Großvieh, Mt. 7.50 für Schweine, und Mt. 6.— für Kühe, Schafe und Ziegen. Die durch früheren Gemeinderatsbeschl. genehmigte Übernahme der Hälfte der Staugebühren auf die Stadtkasse kommt in Wegfall. Mit Rücksicht auf die vermehrten Lasten beschließt der Gemeinderat auch die Schlachthausgebühren ab 1. Febr. 1922 zu erhöhen und zwar auf Mt. 40.— für das Stück Großvieh, Mt. 15.— für Schweine, Mt. 8.— für Kühe und Mt. 5 für Schafe und Ziegen. Zur Vergebung kommt die Befuhr von ca. 800 cbm Walschotter in die Post- u. Wohnhofstraße an G. Erbshöfener Penzler, ebenso die Befuhr von ca. 400 cbm Walschotter in die Feseldorfer Straße an einige Fuhrunternehmer in Ueberberg. Gewerbeschulrat Kessler befürwortet die Anschaffung eines Lichtbildapparates für Schul- und Vereinszwecke. Der Gemeinderat beschließt demgemäß. Zur Prüfung der vorgelegten Liste über die Gabenempfänger aus der Mittelstandshilfe wird eine Kommission bestimmt. Mit einer Aussprache über Wohnungstragen findet die Sitzung ihren Abschluß.

Der Austritt aus der Kirche. Eine gemeinsame Bekanntmachung der bayerischen Ministerien der Justiz, des Innern, des Unterrichts und der Finanzen bezieht sich auf den Vollzug des Par. 17 der Beseitigungsurkunde über den Austritt aus einer Religionsgemeinschaft. Danach ist bei einer schriftlichen Austrittserklärung die öffentliche Beglaubigung durch einen Notar, eine Ortspolizeibehörde oder eine Bezirkspolizeibehörde notwendig. Einem Kind steht vom vollendeten 14. Lebensjahr an selbst die Entscheidung über die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu. Es hat daher seinen Austritt selbst zu erklären. Hat das Kind das 12. Lebensjahr vollendet, so können die Berechtigten seinen Austritt nur mit seiner Zustimmung erklären. Diese Erklärungen der Kinder sind persönlich abzugeben.

Schlechte Gesundheit am Jahresende. Die Gesundheit der deutschen Großstädte war während des

„So bist du doch endlich gekommen!“ sagte er mit schwacher, aber vollkommen klarer und ruhiger Stimme. „Aber ich habe es freilich gewußt, daß du mich nicht ganz verlassen und verraten würdest.“

Rodek hatte ja heilig gelobt, all seine Willenskraft aufzubieten, um dem Kranken nicht zu zeigen, was an Schmerz und Trauer in seiner Seele war, und er fand die Durchführung dieses Vorhabens nun leichter, als er es zu hoffen gewagt hatte. Herzlich ergriß er die dargebotene, abgekehrte Hand, und seine Stimme hatte ihren alten, frischen Tonfall, da er erwiderte:

„Natürlich wäre ich schon um vieles früher gekommen, wenn ich nicht erst jetzt erfahren hätte, wo du eigentlich steckst. Vergessen aber hatte ich dich gewiß nicht. Und nun wollen wir uns darüber freuen, daß wir wieder mal beieinander sein dürfen.“

„Ja, das wollen wir“, nickte Gerhard Holthausen, während es wieder wie der Schatten eines Rahelins um seine Mundwinkel huschte. „Wir haben uns ja sicherlich mancherlei zu erzählen. Nächstest du uns nicht ein Viertelsündchen allein lassen, liebste Inge?“

Das junge Mädchen hatte sich auf eine solche Aufforderung wohl schon gefaßt gemacht; denn sie war an der Tür stehen geblieben, und nun zog sie sich nach einem stumm bereiten, bittenden Blick auf Rodek ohne Widerspruch zurück. Gerhard Holthausen sah ihr lange nach, und Rodek fühlte sich tief bewegt von der Zärtlichkeit, die seine Augen spiegelten. Wohl eine Minute war vergangen, ehe der Kranke wieder das Wort nahm.

„Sie ist ein Engel, Rodek! Und darum wird es ihr Schicksal sein, zu leiden, wie das Gute und das Schöne auf Erden immer leiden muß! Ich kann es ihr nicht ersparen. Aber es ist mir ein Trost, zu denken, daß sie wenigstens von der Last meines Lebens nun bald erlöst sein wird.“

„Was für sündhafte Reden sind das, mein Alter! Ich weiß, daß sie dein Leben nicht als eine Last, sondern als einen Trost empfindet. Darum solltest du dich schämen, etwas Derartiges auszusprechen.“

„Sündhaft?“ wiederholte Holthausen, ihm langsam sein Gesicht zuwendend. „Ist es sündhaft, wenn der Jüger dem angeschossenen Wild, das er in Quaken auf seinem Wege findet, den Gnadenstoß gibt? Würst du mir vielleicht die Ruhe mißgönnen nach all der namenlosen Pein?“

„Du wirst gesund werden, Gerhard! Und du wirst Frieden und Ruhe finden, ohne zu —“

Der Arzt schüttelte den Kopf.

„Ohne zu sterben — meinst du? Nein, mein Lieber, für mich gibt es kein anderes Heilmittel als dies. Und keiner von euch kann ahnen, wie große Sehnsucht ich habe, es endlich zu empfangen. Inseineres Letztendlich nicht mehr mit dem Gedanken an den Tod — unsereins klammert sich an ihn als an die schönste und beglückendste aller irdischen Genüsse.“

Rodek fragte sich in der Stille seines Herzens, ob dies denn nun wirklich die Reden ein Wahnsinnigen sein könnten, und es fiel ihm ein, daß er von Geisteskranken gelesen hatte, die kurz vor ihrem Ende wieder zu voller Klarheit des Geistes gelangt waren. Aber das war doch wohl nur in Romanen oder in Theaterstücken gewesen, wo es auf die eine oder die andere Weise der poetischen Gerechtigkeit zum Siege verhelfen sollte. Ob auch die Wissenschaft von solchen Fällen zu erzählen wisse, war ihm nicht bekannt und dünkte ihn sehr zweifelhaft.

Wahrscheinlich handelte es sich bei Holthausen nur um einen jener letzten Augenblicke, denen die Bewirrung nur um so erschütternder zu folgen pflegt. Rodek gitterte insgeheim vor diesem unvermeidlichen Umschlag, und er suchte mit ängstlicher Vorsicht seine Worte zu wählen.

„Glaubst du, daß ich hierher gekommen, um mir derartige trübselige Dinge erzählen zu lassen?“ sagte er mit einem ziemlich unglücklichen Grinsen, einen heiteren Ton anzuschlagen. „Als Arzt solltest du doch am allerbesten wissen, daß der Patient vor allem daran verhindert werden muß, sich selbst aufzugeben.“

Eine freundlich abwehrende Handbewegung begleitete Gerhard Holthausens Erwiderung.

„Ob dir keine Mühe, mein guter Rodek! Mir tut einzusprechen, hat wirklich keinen Zweck. Und wir wollen die kostbare Zeit nicht damit vergeuden! Es gibt Situationen, in denen jede Phrase, auch die bestgemeinte, vom Uebel ist. Und wir dürfen getroßt annehmen, daß wir uns in einer solchen Situation befinden! Es geht nämlich schneller zu Ende, als Inge und der Kollege zu sehen scheinen. Hättest du deinen Besuch noch um weitere vier- undzwanzig Stunden hinausgeschoben, so wärst du höchstwahrscheinlich zu spät gekommen!“

Fortsetzung

ganzen Jahres 1921 nie so schlecht gewesen wie in der letzten Woche des vergangenen Jahres. Die Sterblichkeitsziffer betrug auf 1000 Einwohner in der ersten Dezemberwoche 13,5, in der zweiten 14,8, in der dritten 15,1. An der Steigerung ist besonders die Grippe beteiligt. Im August hatten die Todesfälle an Grippe in allen 49 deutschen Großstädten 11 betragen, in der ersten Dezemberwoche aber 77. In den letzten drei Wochen stieg dagegen die Zahl dieser Erkrankungsfälle auf 174, 333 und 698. Wehnlich ist es bei der Lungenerkrankung. Die Todesfälle an dieser Krankheit betragen in den vier Dezemberwochen v. J. 445, 673, 639 und 722.

Der 18. Januar als deutscher Nationalfeiertag — in Mexiko. Die Deutschen Mexikos haben eine Kundgebung erlassen, verschiedener Art Anregungen folgend, habe der Rat des Verbands deutscher Reichsangehöriger in Mexiko beschlossen, den 18. Januar als Nationalfeiertag zu begehren. Damit ist nach der „Deutschen Zeitung für Mexiko“, der erste Schritt getan, um eine Lücke in unserem Leben als deutsche Bürger in einem fremden Land, die unserem Ansehen und unserer Stellung wenig zuträglich war, auszufüllen. Tatsache ist, daß andere Nationen, vor allem Franzosen und Amerikaner, seit jeher ihren Nationalfesten einen Glanz zu verleihen wußten, der nie verfehlt hat, auf die für uns anerkennende sehr empfänglichen Mexikaner den größten Eindruck zu machen. Die erwähnte Zeitung hofft, daß das Beispiel der Mexiko-Deutschen auch die anderen Auslandsdeutschen veranlassen, diesen 18. Januar, den Republikaner und Monarchisten gleichermaßen feiern können, zum deutschen Nationaltag zu erheben.

Gültigkeit der Fahrkarten. Die Gültigkeit der Fahrkarten wird für die letzten Januartage dahin eingeschränkt, daß die Reise mit Fahrkarten, die vom 29.—31. Januar gelöst werden, spätestens am 31. Januar angetreten werden muß. Dies erfolgt mit Rücksicht auf die Erhöhung der Eisenbahnpersonentaxe. Von dieser werden auch die Bahnfahrkarten betroffen, die ab 1. Februar 1 Mt. kosten.

Neuregelung der Wehrbesoldung. Das bischöfliche Ordinariat Rottenburg hat mit Wirkung vom 1. Januar ab die Wehrbesoldungen in folgender Weise geregelt: In Pfarrgemeinden mit 1 Geistlichen ein Grundgehalt von 1000 Mt., in Gemeinden mit 2 Geistlichen 1200 Mt., in Gemeinden mit 3 Geistlichen und täglicher Frühmesse 1600 Mt., in Pfarrgemeinden mit 3 Geistlichen und täglicher Frühmesse 2000 Mt., in Pfarrgemeinden mit 4 und mehr Geistlichen mindestens 2800 Mt., dazu in allen Pfarrgemeinden eine Teuerungszulage von 50 Prozent. Die Kirchenreinigung wird besonders entschädigt. Die Dienstwohnung oder Nutzung von Grundstücken sind anzurechnen.

Rückgang im Postverkehr. Seit dem 1. Januar ist Folge der Tarifserhöhung nach dem „Verl. Vokalanz.“ der Brief- und Telegrammverkehr fast um die Hälfte zurückgegangen. Ueber den Fernsprechverkehr liegen noch keine Erhebungen vor.

Auch der Tortortel wird teurer. Der „Reichsanzeiger“ meldet, die Vorschrift für die Erstellung der Würde eines Dr. med. vet. (für Tierärzte) werde dahin abgeändert, daß die Prüfungsgebühren auf 600 Mt. für Ausländer auf 1000 Mt. erhöht werden.

Wildberg, 25. Jan. (Die Ansetzung. — Abelenfall.) Die am 1. Januar hier vorgenommene Wahl eines Stadtvorstandes ist von den Anhängern des unterlegenen Kandidaten angefochten worden, weil die von dem Gewählten ausgegebenen Stimmzettel nicht von vollständig weisem, sondern etwas rötlich gefärbtem Papier waren. — In den letzten Tagen verunglückte beim Rodeln ein 15-jähriger Knabe auf der neuen Straße zum Bahnhof dadurch, daß er von einem anderen angefahren und von seinem Schlitten herabgeworfen wurde. Er erlitt dabei einen komplizierten Beinbruch, der seine Ueberführung ins Krankenhaus nach Nagold erforderlich machte.

Stuttgart, 26. Jan. (Ehrung.) Der Senat der Technischen Hochschule hat dem Oberbürgermeister Laurentschlager den Titel eines Ehrendoktors des Ingenieurfachs verliehen.

Diamantene Hochzeit. Fabrikant A. Herz und seine Ehefrau feiern dieser Tage die diamantene Hochzeit in seltener Mäßigkeit. Der Jubilar zählt 89, die Jubilarin 80 Jahre. Herz hat seinerzeit mit den Würt. Obstbauvereinen gegründet.

Rom Landestheater. Der erste Dramaturg und Spielleiter Wilhelm v. Scholz tritt mit Ende der Spielzeit aus dem Verband des Landestheaters aus, um sich seinen dichterischen Arbeiten zu widmen.

Wahl zur Angestelltenversicherung. Bei den Wahlen der Vertrauens- und Erbsamänner zur Angestelltenversicherung fielen auf die Liste des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbands 2237, Pfadfinder (Soz.) 1687, Frauenverbände 998 und Gewerkschaft der Angestellten uho. 996 Stimmen. Insgesamt wurden 5918 gültige Stimmen abgegeben. Die Stimmverteilung folgendermaßen: erste Liste 2 Vertrauens-, 4 Erbsamänner, zweite 1 und 3, dritte 1 und 2, dritte 1 und 1.

Unterhaltungszuschüsse der Referendare. Die Referendare in Württemberg erhalten während des ersten Jahres ihres Vorbereitungsdienstes keinen Unterhaltungszuschuß, während des zweiten Jahres 50 Prozent und während des dritten Jahres 60 Prozent des Anfangsgrundgehalts und des dazwischen Grundgehalt entsprechenden Ortszuschlags der Gruppe VIII der Beförderungsordnung. Daneben beziehen sie Teuerungszuschläge nach denselben Grundsätzen und in derselben Höhe wie die planmäßigen Beamten. Der für das dritte Jahr bezahlte Unterhaltungszuschuß wird auch während der Wartzeit noch fortbezahlt.

Vom Roten Kreuz. In einer Sitzung des Verwaltungsrats des Landesvereins vom Roten Kreuz wurde an Stelle des wegen Krankheit und hohen Alters zurückgetretenen Präsidenten Dr. Geber Staatsrat Dr. Deatmaier-Stuttgart zum Präsidenten des Landesver-

eins gewählt. Der bisherige Präsident Dr. Geber wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Der „Sozialist“. Die Meldung, daß der „Sozialist“, das Organ der Unabhängigen in Württemberg, sein Erscheinen einstellen, wird als unzutreffend bezeichnet. Vom 1. Februar ab soll der Verlag von Mannheim nach Nürnberg verlegt werden.

Stuttgart, 26. Jan. (Das Liter Milch 4,80 Mark.) Bei der Neusetzung der Milchpreise wurde berichtet, daß in Stuttgart mit einem Milchpreis von 3,90 Mt. gerechnet werden müsse. Dies beruht auf einem Versehen, es muß 4,80 Mt. heißen. Der bisherige Erzeugerpreis im Januar betrug 2,50 Mt., der Kleinverkaufspreis 3,80 Mt. Durch die Verhandlung des Milchsausschusses des Städtetags wurde eine Erhöhung des Grundpreises um 90 Pfg. für das Liter zugestanden (3,40 Mt.). Dazu kommen, wie bisher, 1,30 Mt. auf das Liter für Eisenbahn- und Fuhrwerkstracht, Kühlkosten, Milchhändler- und u. a. Die weiteren 10 Pfg. sind durch die erhöhte Umsatzsteuer und die ab 1. Februar erhöhten Bahnfrachten bedingt. Ab 1. Februar kommt also in Stuttgart das Liter Vollmilch auf 4,80 Mt.

Stuttgart, 25. Jan. (Weitere Schnellzüge.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Schnellzüge D 23, Stuttgart ab 8,40 vorm. und 60, Stuttgart an 9,29 Uhr abends werden von Samstag, 28. Januar, an wieder bis und von München durchgeführt.

Stuttgart, 26. Jan. (Wiederzusammentritt des Landtags.) Wie L. U. meldet, wird der Landtag nicht vor Mitte Februar zusammentreten.

Würt. Landesparlasse. Im Jahre 1921 betragen in runden Summen: die Einlagen 142 Millionen Mark, die Rückzahlungen 93 Millionen Mark; der Ueberschuß der Einlagen belief sich demnach auf 49 Millionen Mark. Hierdurch und durch die Jüdisierung von Zinsen hat sich das Gesamtguthaben der Einleger geboben auf 517 Millionen Mark und es hat gegenüber dem Jahr 1920 zugenommen um 64 Millionen Mark.

Schwemmungen, 26. Jan. (Neue Schwierigkeiten in der Uhrenindustrie.) Während in Schramberg und anderwärts die Arbeit mit dem gestrigen Tag überall wieder aufgenommen worden ist, sind die hiesigen Betriebe nur zu einem kleineren Teil in Gang gekommen. Etwas drei Viertel der Arbeiterschaft arbeitet noch nicht und zieht mit roten Fahnen durch die Stadt vor die Betriebe, welche einzelne Arbeiter nicht wieder eingestellt haben, deren es im ganzen 12 sind. Die Arbeiterschaft verlangt die Wiedereinstellung dieser Leute.

Fellbach, 25. Jan. (Die Aufteilung des Oberamts Gammstadt.) Das Ministerium des Innern hat die Gemeinden Fellbach, Schmidlen und Delling zu einer Aueförmung aufgefördert, da sie sich seinerzeit für die Aufteilung ihrer Gemeindebezirke an den Oberamtsbezirk Stuttgart-Amt ausgesprochen haben. Die Gemeinde Stetten wünschte Aufteilung nach Ehlingen. Das Ministerium weist darauf hin, daß wichtige Gründe für die Aufteilung der vier Gemeinden an den Oberamtsbezirk Wöblingen sprechen. Der hiesige Gemeinderat beschloß, vor einer Beschlußfassung nochmals genaue Unterlagen über die Verhältnisse der Bezirke Stuttgart-Amt und Wöblingen einzuholen und später gemeinsame Verhandlungen der drei beteiligten Gemeinden zu pflegen.

Ehlingen, 26. Jan. (Gefasste Betrügerin.) Von der Polizei wurde die 21 Jahre alte ledige Berta Lorch von Stuttgart festgenommen, weil sie hier und in der Umgebung mehrfach Betrügereien, gelegentlich auch Diebstähle verübt hat. Sie gab sich als Diakonistin aus und sammelte angeblich für die Quakerpeisung Gelder.

Kornwehheim, 25. Jan. (Schweinediebstahl.) Nachts wurden im Stall eines Landwirts zwei Schweine mit 2 und 3 Hfr. Gewicht abgeschlachtet und das Fleisch, das einen Wert von 7000 Mt. hat, mitgenommen.

Badnang, 26. Jan. (Tuberkulosefürsorge.) Für den Oberamtsbezirk Badnang ist jetzt die Tuberkulosefürsorge durch Einrichtung einer besonderen Fürsorgestelle in erweitertem Umfang ausgenommen worden. Die ärztliche Sprechstunde wird alle 14 Tage durch Ärzte der Lungenheilstätte Wilhelmshaus abgehalten.

Gmünd, 26. Jan. (Schulfrage.) Der Gemeinderat beabsichtigt eine Hilfsklasse für schwach begabte Schüler einzurichten. Ein Teil der Gemeinderatsmitglieder war für simultane Gefaltung der Schule, wofür auch der evang. Ortschule eintrat mit dem Zugeständnis, daß die Lehrkräfte der Mehrheitskonfession, der katholischen Religion also, angehören könnten. Das Lehrerkollegium der katholischen Volksschule stimmte für eine Konfessionslosigkeit, deren Besuch, unter Wahrung der katholischen Interessen, auch evangelischen Kindern erlaubt sein soll.

Tübingen, 26. Jan. (Lebensmüde.) Ein Student hat sich auf dem hiesigen Schloßberg mit Cyanid vergiftet. Da man bei dem Toten, einem Deutsch-Österreicher, eine größere Summe Geldes fand, nimmt man an, daß er in einem Anfall von Schwermut Selbstmord verübt hat.

Trossingen, 26. Jan. (Lohnbewegung.) Die Arbeitnehmer der Harmonika-Industrie haben den von den Arbeitgebern gemachten Vorschlag der Teuerungszuschläge für Akkordarbeiter 20 Prozent für Trossingen und 23 Prozent für die Filialorte angenommen. Die neuen Teuerungszuschläge sind vom 19. Dez. an allen Arbeitern nachzuzahlen.

Rottenburg, 26. Jan. (Zum Ableben des Papstes.) Der Bischof von Rottenburg hat anlässlich des Todes des Papstes für die Diözese angeordnet, daß der den Verstorbenen würdigende Hirtenbrief am kommenden Sonntag von allen Kanzeln verlesen werden soll. Das

übliche Trauergelächte soll am Freitag, Samstag und Sonntag mittags zwischen 12 und 1 Uhr stattfinden. Am Montag wird in allen Kirchen ein feierliches Seelenamt gehalten.

Rottenburg, 26. Jan. (Kirchenopfer.) Aus der ganzen Diözese Rottenburg gingen im Jahr 1920 an kirchlichen Opfergeldern aus 29 Dekanaten und etwa 740 Pfarreien ein: für den Franziskus-Kaverius-Verein 235 565 Mt., für den Kindheit-Jesu-Verein 241 184 Mt., für den Bonifatiusverein 267 277 Mt., auf 811 137 Mt.

Schramberg, 26. Jan. (Autolinie.) In Tenenbronn erfolgte die Uebernahme der bisher gemeindlichen Autolinie Schramberg-St. Georgen in den Staatsbetrieb durch Vertreter der Reichspostverwaltung.

Ulm, 26. Jan. (Aus der Industrie.) Die bekannten Magiruswerke haben in letzter Zeit Feuerlöschgeräte an die Feuerwehren in Paris und London abgeliefert, andere sind unterwegs nach Tokio, Buenos-Aires und Montevideo.

Ravensburg, 26. Jan. (Zusammenkunft.) Die 18 hiesigen Innungen haben sich zu einem Verband zusammengeschlossen, dessen Satzung der Genehmigung der Kreisregierung unterstellt ist.

Vom Bodensee, 26. Jan. (Käsejammigel.) Der Käsejammigel nach Baden hat in der letzten Zeit stark zugenommen, trotz scharfer Kontrolle an den Bahnhöfen usw. Dabei sind es nicht immer erwachsene Personen, sondern oft kaum der ersten Schulbank entwachsene Kinder, die mit verblüffender Geistesfreiheit die Schmutzgevoohnheiten offenbaren. In letzter Zeit sind namentlich auch Frauen abgefaßt worden, die, um die Aufmerksamkeit nicht auf ihres Gepäcks zu lenken, unter den Kleidern die dastenden Allgäuer Fabrikate verborgen halten. Kürzlich konnte man in Friedrichshafen der Abführung eines Ehepaars zusehen, das auf dem Weg nach Markshorn, dem Ziel der Hauptmesse der Schmutzjäger, sich befand. Es war ein Eisenbahnbediensteter H. G. aus Waggerhausen und seine Ehefrau. Der gegen das normale Aussehen ungewöhnliche Umfang der Personen schien offenbar dem Brauten verdächtig und bei der Festsetzung ergab sich, daß der Chemiker auf zwei Drittel seiner Körperlänge mit langen Stoffäden voller Käse behangen war. Bei seiner Begleitung war es ähnlich.

Am den Aufsichtsrat der Redar. A. G.

Auf eine Anfrage des Reichstagsabg. Feuerstein (Soz.) über die Beziehung von Arbeitervertretern der freien Gewerkschaften in den Aufsichtsrat der Redar. Aktiengesellschaft gab der Reichsverkehrsminister die Antwort, von Seiten des Reichs seien mit den Ländern Vereinbarungen getroffen, daß auch Nichtaktionäre in den Aufsichtsrat gewählt werden können. Aus dem Arbeiterstand soll ein Vertreter vom Reich vorgeschlagen werden, wofür einerseits ein Vertreter der würt. freien Gewerkschaften in Betracht käme, die als die größere Organisation die Vertretung für Württemberg und Baden beanspruchen, andererseits ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften, die darauf hinwiesen, daß ein Vertreter der freien Gewerkschaften bereits auf Vorschlag Labens im Aufsichtsrat sich befindet und die andere Gewerkschaften auch ein Recht auf Berücksichtigung haben. Die im Standpunkt mußte beipflichtet werden, da der Redarkanal ein Reichsunternehmen ist, bei dem Ländergrenzen und insolge dessen auch besondere Vertretungen der Länder nicht maßgebend sein können. Von einer weiteren Vermehrung des Aufsichtsrats, dessen Mitgliederzahl mit 47 bereits sehr hoch bemessen ist, müsse aber zunächst abgesehen werden.

Handel und Verkehr.

Rohrdorf, 25. Jan. (Holzpreise.) Die letzten Holzverkäufe bewegten sich hier wie anderwärts in aufwärtsstrebenden Preisen. Für 100 Reis wurden 400, 420—440 Mt. gezahlt, für 100 eichene Wellen sogar über 700 Mt. Geboten. Weichholz kostete 250—300 Mt. Für 1 Meter Buchenholz wurden 401 Mt. gelöst.

Tollkorn am 26. Januar 199 Mark.

Allgemeine Schuhindustrie-A. G. Die Firma Sigle u. Co., A. G. Schuhfabriken Kornwehheim, sieht, wie das „Verl. Tageblatt“ erzählt, mit dem Projekt der Weiterführung der Stiefelwerkstätten der ehemaligen Heeres- und Bekleidungsämter in Form einer Allg. Schuhindustrie A. G. mit einer rechtlichen Reichsbeteiligung von 25 Prozent in Verbindung. In endgültigen Abmachungen ist es noch nicht gekommen, da unter Umständen auch der Eintritt anderer Privatfirmen in die Gesellschaft möglich ist. — Wehnlich ist die Sachlage bei der geplanten Deutschen Kleiderwerke-A. G. Diese Gründungen sollen zum 1. April erfolgen.

Stuttgart, 26. Jan. Dem Schlachtviehmarkt am Donnerstag auf dem hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 186 Ochsen, 25 Bullen, 160 Jungbullen, 219 Jungrinder, 398 Kühe, 392 Kälber und 776 Schweine. Erlöst wurden aus 1 Jtr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 1000—1120, zweite 750—900, Bullen erste 900—1030, zweite 750—850, Jungrinder erste 1030—1140, zweite 820—980, dritte 680—780, Kühe erste 720—880, zweite 550—670, dritte 400—510, Kälber erste 1200—1280, zweite 1090—1190, dritte 1000—1070, Schweine erste 1650—1720, zweite 1500—1600, dritte 1250—1450 Mt. Verkauf des Marktes: Großvieh und Schweine belebt, Kälber mäßig.

Ulm, 26. Jan. Dem Pferdemarkt waren ungefähr 600 Pferde zugeführt. Handel lebhaft. Preise für junge schwere Arbeitspferde 30—35 000, ganz schwere bis 40 000 Mt., junge mittelschwere Arbeitspferde 20—30 000 Mt., ältere Pferde 8—15 000 Mt., Schlachtpferde 3—5000 Mt. das Stück.

Vermischtes.

Das Vermögen des Papstes. In der Privatkasse des Papstes sind nach einer Meldung aus Rom 700 000 Lire vorgefunden worden, während man das Vermögen des Papstes auf 2 bis 3 Millionen geschätzt hatte. — Das Fehlen dürfte der Papst größtenteils für seine Unterhaltungen der bedürftigen Kinder in Mitteleuropa verwenden haben.

Der Andrang in der Peterskirche in Rom. Eine ungeheure aus ganz Italien herbeigekehrte Volksmenge begab sich am Mittwoch nach der Peterskirche, um die Leiche des Papstes zu sehen. Die Eisenbahnen und die anderen Verkehrsmittel konnten den ungeheuren Andrang kaum bewältigen. Die Leiche wird am Donnerstagabend in der Peterskirche vorläufig beigesetzt.

Weibliche höhere Beamte. In den Reichsministerien trägt man sich mit dem Gedanken, höhere Beamtenstellen (Regierungsrat, Ministerialrat usw.) mit geeigneten Frauen zu besetzen, um auch auf diesem Gebiet dem Geist der Verfassung Rechnung zu tragen.

Die Not der Musik- und Gesangslehrer. In Berlin schätzt man die Zahl der hauptberuflich tätigen Musiklehrer auf 10 000, die Zahl der nebenberuflich dem Unterricht sich widmenden Personen beträgt rund 40 000, so daß also in Berlin etwa 50 000 Klavier-, Gesangs- und Violinlehrer sind. Die Bezahlung ist infolge des Unterbietens des einzelnen und des verminderten Bedarfs an Lehrern so gering, daß sie in einem anderen Beruf Unterhalt nicht finden.

Gattenmörder. In Frankfurt a. M. erschlug der Arbeiter Konrad Kuhn seine Frau mit dem Beil und wickelte den Leichnam in Bettlaken, die er mit Erdöl übergoß und anzündete. Dann erhängte er sich.

Hinrichtung mit Musik und Kino. Der „New York Herald“ meldet, daß man in New Jersey die Hinrichtung getroffen hat, den Verbrechern, die zum elektrischen Stuhl verurteilt worden sind (die Hinrichtung wird in Amerika bekanntlich mittels eines elektrischen Stroms vollzogen), vor dem Betreten der Todeszelle ein Beispiel „ermuntert“, haben die New Yorker Behörden beschlossen, die Todesstrafe vor ihrer Hinrichtung einer kinematographischen Vorführung beizugehen zu lassen.

Die Elektrifizierung der Reichsbahnen in Mitteldeutschland, die vor einer Reihe von Jahren in Angriff genommen worden ist, hat nunmehr zur Betriebseröffnung des elektrischen Betriebs auf der Strecke Bitterfeld—Dessau geführt, auf der die elektrische Zugförderung vom 17. Januar ab zur Durchführung gelangte. Die Stromversorgung dieser neuen Bahnstrecke erfolgt wie die der übrigen Strecken um Leipzig (Wahren—Schönefeld, Leipzig—Leipzig—Bitterfeld) auf dem großen staatlichen Braunkohlenkraftwerk in Tschernowitz, von wo aus auch die nach Berlin führende 100 000 Volt-Fernleitung ihren Ausgangspunkt nimmt. Zu dem in diesem Jahr noch zur Vollendung in Aussicht genommenen Bauprogramm gehören in mitteldeutschem Braunkohlenbezirk die Strecken Leipzig—Halle und Bitterfeld—Magdeburg, so daß nach Durchführung dieser Ausbauten in Mitteldeutschland rund 180 Kilometer Bahnstrecke mit elektrischer Zugförderung versehen sind. In diesem Jahr sollen auch die schlesischen Strecken von Hirschberg nach Görlitz und Gräntal mit 130 Kilometer Streckenlänge für die elektrische Zugförderung umgebaut werden. Diese Strecken werden durch die in Wasserkraftwerken gewonnene elektrische Kraft versorgt, sie werden also von der Kohlenversorgung unabhängig. Die nächsten Jahre werden in Bayern den Ausbau und die Betriebseröffnung auf Strecken mit elektrischer Zugförderung bringen, sobald dort das große, zurzeit im Bau befindliche Walchenseekraftwerk, das sogenannte Bayernwerk, vollendet ist. Selbstverständlich macht die Einführung der elektrischen Zugförderung auch besondere Vorkehrungen hinsichtlich der Sicherung des Betriebs erforderlich. So ist auf der mitteldeutschen Strecke bestimmt worden, daß vom 12. Januar ab Sendungen mit leicht brennbarem Inhalt, z. B. Heu- und Strohsendungen, in sorgfältigster Weise mit Wagentecken bedeckt über die mit elektrischer Streckenandrängung versehenen Strecken geleitet werden sollen.

Die Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen in Großbritannien betrug am 10. Januar 1923 450 gegen 1 5743 am 30. Dezember 1921. Die Höchstziffer war im Juni 1921 mit 2 177 899 Arbeitslosen zu verzeichnen.

Einwanderung in Brasilien. Infolge der Statistik des Siedlungsamts sind in Brasilien im ersten Halbjahr 1921 28 059 Einwanderer gelandet. 10 782 waren Portugiesen, 4879 Spanier, 4348 Italiener, 2800 Deutsche, 1142 Brasilianer, 819 Türken und Araber, 705 Rumänen, 330 Polen, 341 Franzosen, 255 Russen, 208 Engländer, 204 Japaner und 1274 verschiedener Nationalität.

Die Welt ist in Sibirien östlich des Ural in mehreren Fällen festgestellt worden.

Russisches Briefporto. Die bolschewistische Regierung von Rußland hat vor einiger Zeit eine Regelung des Posttarifs ausgearbeitet, derzufolge das Briefporto von Petersburg nach Wien 10 000 Rubel kostet.



Zur Papstwahl. Beginn der Vermauerung der Zugänge zu den Korridorräumen des Vatikans (Zwei Zugänge sind noch nicht geschlossen)

Für die Schriftleitung verantwortlich: Schulz Graf.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchverlagsanstalt

Bekanntmachung.

Nachdem nunmehr die endgültigen Einkommensteuerbescheide für das Rechnungsjahr 1920 von den Gemeinden Altensteig, Dorf, Weihingen, Bernsdorf, Barten, Höttingen, Ebershardt, Effingen, Eichenau, Etmannswalden, Fachsenbrunn, Hartweiler, Hausenwald, Heilsbrunn, Heubach, Ober- und Niederschwanau, Schillingen, Simmersfeld, Spelberg, Ueberberg, Wark und Wenden zugestellt sind, wird hiemit bekannt gemacht, daß die Frist zur Erhebung des Einspruchs gegen diesen Bescheid 1 Monat beträgt und am 30. Januar 1922 beginnt, sonach bis 28. Februar 1922 einschließend läuft. Der Einspruch ist schriftlich oder mündlich beim unterzeichneten Finanzamt einzurichten. Zur mündlichen Auskunftsverteilung ist das Finanzamt in den vorgeschriebenen Konzilsstunden bereit.

Die Bezahlung der Steuer hat binnen 4 Wochen nach Zustellung des Steuerbescheides zu erfolgen. Die auf Grund vorläufiger Steuerbescheide oder im Lohnabzugsverfahren für 1920 bereits bezahlten Beträge werden auf Nachweis auf den angeforderten Betrag angerechnet.

Altensteig, den 26. Januar 1922.

Finanzamt:

Regierungsrat Dr. Fil.

Aufforderung.

Wer noch

Welsaaten

aller Art lagern hat, wolle mit seinen ganzen Vorrat noch vor dem 1. Februar (Erhöhung des Personenverkehrs Tarifs) zur Verabreichung übergeben. Bei der unbedingten Güte meines Oeles und dessen besonderer Verarbeitbarkeit kann ich jede Garantie für mehrjährige Haltbarkeit übernehmen.

Auch erspreche ich, sich noch vor der Preis-erhöhung in

Welsaaten-Mehl

aller Art bei mir einzubringen.

Alfred Reclam, Nagold

Welsaaten-Vorwählerei. Fernspr. 101

Verkaufe

12 Stück Legehühner,

1. u. 2. Jahre, pro St. Mk. 75.—

Haus Schwarz, Altensteig.

Gestorbene.

Schmied: Christian Surt- hardt.

Hundekudjen

Marke „Kreuz Haas“

von G. H. Anorr Weilbronn zu Mk. 3.— per Pfund solange Vorrat bei

Fritz Bühler jr.

Unsere Zeitung bestellen!

Altensteig.
Die Geburt einer g-lauden
Tochter
zeigen hochachtungsvoll an
Willy Helle und Frau Anna, geb. Dieterle.

Sür Landwirte!

Pagig, der praktische Oekonomieverwalter.

Ein Lehrbuch der gesamten Landwirtschaft für jeden Landwirt.
14. Auflage. 700 Seiten Text. 400 Abbildungen.
Solb gebunden Mk. 72.—

Pagig-Bücher, Ackerbaulehre

do. geb. Mk. 10.—

do. Pflanzenbaulehre geb. Mk. 25.—

do. Tierzuchtlehre geb. Mk. 20.—

Pöbe's Landwirtschaftlicher Taschenkalender

1922

Halbleinen Mk. 15.—

Ganzeleinen Mk. 17.—

Seit Jahrzehnten in der Landwirtschaft, bei Schulen und in Vereinen eingeführt.

Zu beziehen durch die

W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig.

Prima

Dinkel-Brotmehl

verkauft

Müller Weisk, Bernsdorf.

Feldgraue Hosen Schnittlänge 74/84 Mk. 195.— Ia 210.—

Manchester Hosen 74/84 „ 220.— Ia 250.—

ankle Cuchhosen, geeignet als

Sonntagschalen 74/84 „ 165.— Ia 185.—

schwarze Hosen für Beamte

und Gesandener 74/84 „ 225.—

feldgraue Joppen hoch geschlossen, ganz gefüttert, mit

4 aufgesetzten Taschen, in Größen 46—54 350.—

Drillanzüge in grau u. blau, Größe 46—54 160.—

officiert franco Nachnahme

Weintraub Au. und Verkaufsgeschäft

Karlshöhe 52 Kronenstr. 52.

Lösungsbüchlein für 1922

sind noch zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung in Altensteig.

Militärverein  Simmersfeld

Sonntag, 29. Januar, findet im Gasthaus zum „Anker“ unsere

Weihnachts-Feier

statt.

— Anfang 7 Uhr. —

Der Ausschuss.

Bernsdorf.

Am Sonntag, 29. Jan., große

Hunde- und Taubenbörse

im Gasthaus zum „Anker“.

Biehverkauf.

Am Montag, den 30. Januar, von vormittags 8 Uhr ab, steht in unseren Stallungen im Gasthaus zum „Anker“ in Calw ein sehr großer Transport

erkläffiger

starker junger Milchkuhe, (Eckhühner)



trächtige Kühe,

sehr große Auswahl schwerer, hochträchtiger,

gewöhnlicher Kalbinnen,

sehr große Auswahl schöner, starker

Zugochsen, Zugtiere und

Lernstiere

(auch paarweise),

sowie schönes Jungvieh

zum Verkauf, wozu Liebhaber zu Kauf- und Tausch freundl. einladen

Rubin und Max Löwengart.